

Von der Selbsthilfegruppe zum anerkannten Player

Die Geschichte des Vereins Miteinander Leben Lernen MLL e.V.

Irmtraud Schnell¹

Ziel des Beitrags ist es, deutlich zu machen, wie wichtig und zielführend für die Selbsthilfegruppe der Eltern von behinderten Kindern die Unterstützung durch Organisationen und Institutionen war, die der bis dahin herrschenden Bildungspolitik der Aussonderung ebenso kritisch gegenüberstanden. Von Eltern einer Selbsthilfegruppe 1984 gegründet, wurde der Verein Miteinander Leben Lernen auch getragen von einem Netz, das immer wieder politische Aktivitäten gemeinsam plante. Dieser für den Erfolg des Vereins entscheidende Faktor soll hier ebenso dargestellt werden wie die Vernetzung in den Bundestreffen der Landesarbeitsgemeinschaften über das Saarland hinaus.

Auch die Schwierigkeit, den Charakter einer Selbsthilfegruppe nicht zu verlieren, auch wenn seit den 1980er Jahren vielerlei professionelle Hilfsangebote gemacht werden, die seit 2013 im Rahmen einer gGmbH gefasst sind, soll Erwähnung finden. Und natürlich spiegelt die Arbeit des Vereins die politische Lage im Land wider, in Abhängigkeit von der Landesregierung und ihrer Öffnung für Integration oder ihrem Beharren auf dem Sonderschulsystem. Der MLL hat von Rückenwind bis zu deutlichem Gegenwind und allem dazwischen von außen, aber auch intern schwierige Zeiten erlebt. Am Ende des Beitrags ist zu erwägen, welche allgemeinen Einsichten in die Geschichte der Integrations-/Inklusionsgeschichte über die Geschichte einer

Landesarbeitsgemeinschaft hinaus gewonnen werden können.

1 Voraussetzungen für schulische Integration im Saarland

1.1 Politik der Aussonderung trifft auf Wissenschaft

Bis 1985 regierte im Saarland die CDU, die das drei- bzw. viergliedrige Schulsystem nicht in Frage stellen ließ, auch nicht durch Forschung auf diesem Gebiet. Dies, obwohl in den 1970er Jahren jede*r vierte Schulabsolvent*in im Saarland die Schule ohne Abschluss verließ (Breitenbach 1998, S. 14). In einer bundesweiten Aufstellung der Integrationsmodelle, die von Jakob Muth 1985 erfasst worden war, fehlte das Saarland (a.a.O., S. 13 f.); ein Antrag auf einen integrativen Schulversuch war abgelehnt worden (Christ 1998, S. 105). Die Arbeitskammer als organisierte Arbeitnehmerschaft hatte aber sehr wohl ein Interesse an Forschung, die für die Arbeitnehmerschaft von Bedeutung war; so entstand ein Kooperationsvertrag zwischen Arbeitskammer, Gewerkschaften und Hochschule. Das erste Forschungsprojekt widmete sich dem „Hauptschulversagen – Bedingungsanalyse und pädagogische(n) Konsequenzen“ (Breitenbach 1998, S. 15). Die daraus gewonnenen Erkenntnisse zu Schulschwäche² und möglichen Fördermaßnahmen bildeten bedeutsame Grundlagen für die Integrationspädagogik, so

Breitenbach (a.a.O.). Und es gab eine vorbildliche Ausbildung an der Pädagogischen Hochschule: Sonderpädagogische Grundausbildung von mindestens 4 Semesterwochenstunden für alle zukünftigen Lehrkräfte, für Studierende der Grundschuldidaktik sogar 8 Semesterwochenstunden (a.a.O., S. 12); alle Lehrkräfte sollten sich Wissen darüber aneignen, wie „schulschwache“ Schüler*innen im allgemeinen Unterricht unterstützt werden könnten – gute Voraussetzungen für integrativen Unterricht. Bei der Überführung der Pädagogischen Hochschule in die Universität des Saarlandes entstand die Arbeitseinheit Sonderpädagogik im Institut für Erziehungswissenschaft; Studierende aller Lehrämter konnten ihre erziehungswissenschaftliche Ausbildung und die entsprechenden Prüfungen in diesem Bereich ablegen.

1.2 Realitäten anderswo finden Widerhall im Saarland

Neben der Unterstützung durch Mitglieder der Universität und der Arbeitskammer war es auch die AG Integration des saarländischen Landesverbandes der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), die schulische Integration seit Jahren forderte und viele Jahre eng mit dem Verein MLL zusammenarbeitete. In Kooperation zwischen der Arbeitseinheit Sonderpädagogik an der Universität des Saarlandes und der GEW fand 1982 z. B. ein Vortrag von Ludwig-Otto Roser zur „Gemeinsame(n) Erziehung behinderter und nicht-behinderter Schüler in Florenz“ statt, der im Land viel Diskussion auslöste, und 1984 führten Universität, GEW und weitere Bündnispartner*innen eine Exkursion nach Volterra/Toskana durch (Christ 1998 und 1983). Der Einblick in konkrete Alternativen der herrschenden Politik, wie ihn diese große Exkursion ermöglichte, kann in seiner Bedeutung für die Diskussion im Land nicht überschätzt werden: Die Diskussion um Schulische Integration versus Sonderschule wurde im Saarland heftig geführt, sie wurde befeuert vom Begriff „itali-

enische Seuche“, zu dem sich der damalige Vorsitzende des Verbandes Deutscher Sonderschulen, Hugo Prändl, verstiegen hatte.

In der Kooperation zwischen Arbeitskammer und Hochschule gründete sich 1982 innerhalb eines Förderkreises Erziehungswissenschaft an der Universität die Arbeitsgruppe „Gemeinsam Leben und Lernen Behinderter und Nichtbehinderter“ (AGLL) die zum Ziel hatte, „das gemeinsame Leben, Lernen und Arbeiten von behinderten und nichtbehinderten Menschen zu unterstützen, zu fördern und weiterzuentwickeln“³. Sie bot 1983 in Zusammenarbeit mit einer Bildungsstätte unter der Leitung von Alfons Blug (später langjähriger Vorsitzender des MLL) zwei Seminare mit dem Titel „Integrierte Förderung behinderter Kinder im Vorschulalter“ an. Es nahmen sechs Familien mit 13 Kindern, davon sechs behinderte Kinder, teil. Diese Seminare gaben Gelegenheit, sich mit der eigenen Situation als Eltern behinderter Kinder und der gesellschaftlichen Wahrnehmung von Behinderung im Gespräch auseinanderzusetzen. Die teilnehmenden Eltern schlossen sich danach zu einer Selbsthilfegruppe zusammen.

2 Gründung des Vereins Mll – Kommunikation nach außen und nach innen

2.1 Vereinsziel Nichtaussonderung

Aus der Arbeit dieser Selbsthilfegruppe entstand der Verein Miteinander Leben Lernen (Mll)⁴.

Die erste Vorsitzende Margot Mönch schrieb, durch ihre Mitarbeit in der AGLL habe sie angefangen zu begreifen, dass die Behinderung ihres Sohnes „nicht ihr alleiniges Problem sei, sondern im Gegenteil, eines unserer Gesellschaft“. Diesen gesellschaftlichen Zusammenhang von Behinderung zu denken, mag heute als selbstverständlich erscheinen; in den 1970er und -80er Jahren fanden sich aber durchaus Spuren nationalsozialistischen Denkens

bzw. deutliche Tabus in Deutschland, in der Öffentlichkeit, in den relevanten Wissenschaften und in der Sonderpädagogik – und heute wieder. Das Bewusstsein der Gleichwürdigkeit behinderter Menschen war in der allgemeinen Öffentlichkeit nicht verankert.

Am 13. Juli 1984 fand dann die Versammlung statt, auf der der Verein gegründet wurde. Der Verein machte im ersten Jahr sein Anliegen publik, regte viele Diskussionen an und sorgte für Bewegung und Auseinandersetzung. Er verhandelte mit den Landtagsparteien, mit der Organisation der Lehrer*innen im Beamtenbund (SLLV) bzw. der Gewerkschaft für Lehrer*innen (GEW) und veranstaltete in verschiedenen Gemeinden Informations- und Diskussionsabende, ebenso wie eine ganze Reihe mit Vorträgen zur Integration (u. a. mit Georg Feuser, Wolfgang Jantzen, Hans Wocken) mit der VHS in Saarbrücken. Vor

den Landtagswahlen 1985 sprach der Verein mit den Landtagsparteien; Integration blieb jedoch auch in den Folgejahren ein Thema, das bekanntlich bis heute die Parteien im Saarland unterscheidet.

2.2 Der bildungspolitische Aufbruch

Nach dem Regierungswechsel im Frühjahr 1985 wurde das saarländische Bildungssystem von Diether Breitenbach als zuständigem Minister einer umfänglichen Reform unterzogen:

- Es wurden im ganzen Land Gesamtschulen gegründet, die Kollegien wurden im Team-Kleingruppen-Modell (TKM) geschult.
- Innere Schulreformen, wie ein anderer Umgang mit den Leistungen der Schüler*innen in der Eingangsstufe oder Offener Unterricht, insgesamt didaktische und methodische Veränderungen, wurden nun anerkannt.

Am 2. Mai 1985 fand in Kooperation von MLL, GEW, VHS Saarbrücken, AGLL und Behindertenberatungsstelle der Stadt Saarbrücken eine Veranstaltung statt, auf

der Minister Breitenbach erklärte, dass überall dort, wo Eltern, Lehrer*innen und Schulträger dies wünschen, Integrationsklassen eingerichtet werden. Das Gleiche gelte für den Elementarbereich. Ein für die Entwicklung der Integration im Saarland entscheidender Satz! Noch bevor die notwendigen schulgesetzlichen Änderungen auf den Weg gebracht wurden, konnte so über Modellversuche zur schulischen Integration mit der gemeinsamen Unterbringung bereits begonnen werden.

Im Juni 1985 berief der Kultusminister die „Kommission für die Integration behinderter Schüler und Schülerinnen“ (KIBS) unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Alfred Sander ein, im Oktober wurde dann die „Kommission für die pädagogische Integration behinderter Kinder im Elementarbereich“ (KIBKE) unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Hans Meister berufen. Diese Kommissionen förderten einen umfassenden Beteiligungsprozess, in den alle relevanten Gruppen, u.a. Ministerien, Fachberatungen, Verwaltungspersonen, Parteien, Gewerkschaften, Trägervertreter, Erzieher*innen und Lehrer*innen und nicht zuletzt Betroffene selbst einbezogen waren. Die Expertise der Eltern behinderter Kinder hatte durch die Mitgliedschaft des MLL in beiden Kommissionen ein anerkannt großes Gewicht. Die Arbeitseinheit Sonderpädagogik an der Universität des Saarlandes bildete zwei Projektgruppen „Integration behinderter Schüler/innen“ (IBS) und „Integration behinderter Kinder im Elementarbereich“ (IBKE). Die Mitarbeiter*innen dieser Projektgruppen begleiteten die Schulische Integration und die Integration im Elementarbereich sehr eng, waren beratend vor Ort und in Fortbildung tätig und berichteten jährlich über die Entwicklungen der Integration.

Das 3. Bundestreffen von „Eltern gegen Aussonderung“ fand dann im November 1985 in Saarbrücken statt. Diether Breitenbach bezeichnete die Eltern als „seriöse Partner“; das ist nicht trivial, wurden doch Eltern mit der Forderung nach Integration

z. B. vom Behindertenseelsorger der Erzdiözese Köln „ein naives Menschenbild“ (Stockhausen zit. nach Roebke 2000, S. 64) unterstellt oder als „Aktivisten (...) mit einem Verarbeitungssyndrom“ bezeichnet (Schmitz zit. a.a.O.). Im Mittelpunkt des Treffens in Saarbrücken stand die Erarbeitung der Grundstruktur eines Programms zu den Themen Frühförderung, Kindergarten, Schule und Beruf.

2.3 Die Bedeutung der Bundesarbeitsgemeinschaft „Eltern gegen Aussonderung“ für die LAG

Der bundesweite Zusammenschluss der Eltern in der BAG war für die politische Einflussnahme und das Erstarken der Elternstimmen von entscheidender Bedeutung. Gemeinsam mit Wissenschaftler*innen, Fachkräften aus der Praxis, politisch Engagierten und von der Idee Überzeugten wurde aus den Kämpfen einzelner Eltern eine Integrations**bewegung**.

Im Oktober 1985 übernahm der Verein MLL die Funktion einer Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Saarland „gemeinsam leben – gemeinsam lernen“. An den Bundestreffen der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) „Eltern gegen Aussonderung“ nahmen Vertreter*innen der LAG teil:

1. Treffen Bremen Oktober 1984
2. Treffen Bonn Juni 1985 – Schirmherr Richard von Weizsäcker
3. Treffen Saarbrücken November 1985 – Schirmherr Diether Breitenbach
4. Treffen Rüsselsheim Juni 1986

Bis 1999 fanden jährliche Tagungen der BAG statt, zu denen die LAGs Delegierte entsandten. Die Tagungen fanden jeweils dort statt, wo in der Öffentlichkeit allein durch ihre Anwesenheit die Stimmen der Eltern gegen Aussonderung Gewicht bekommen sollten oder wo es neue Entwicklungen zu stärken galt (s. die Tagung 1985 in Saarbrücken). Es waren große Tagungen, an denen z. B. 1988 in Reutlingen 500 Menschen teilnahmen – in Freiburg in Baden-Württemberg wurde

zu jener Zeit Harry Rempt, einem Jungen mit Down-Syndrom, der Übergang vom Kindergarten in die Grundschule verweigert (s. Schnell 2003) und Katharina und Tim in Hessen (Bad Soden-Allendorf) durften erst nach landes- und bundesweiten Interventionen gegen den hessischen Kultusminister die Grundschule vor Ort besuchen (s. Roebke 2000, S. 87). Auf den Treffen der BAG erfuhren die Delegierten der Länder den Stand in anderen Bundesländern, entwickelten Strategien und verfassten Resolutionen. In der Resolution von 1988 forderten Eltern: „Wir fordern die Kultusminister der Länder auf, dort gemeinsames Lernen von behinderten und nichtbehinderten Kindern in Kindergarten und Schule zu ermöglichen, wo Eltern und Lehrer/Innen dies wollen. Die Kooperation zwischen Sonder- und Regelschule ist keine Alternative für eine nichtaussondernde schulische Bildung. Kein Kind darf von dieser gemeinsamen schulischen Bildung ausgeschlossen werden. Wir fordern die Länderparlamente auf, endlich das Wahlrecht zwischen Sonder- und Regleinrichtungen gesetzlich zu verankern“ (Roebke 2000, S. 87). In der Denkschrift, 1999 in Fulda verfasst, hieß es dann konkret „Durch eine konsequente Verlagerung der zurzeit in den Sonderschulen gebundenen Ressourcen in die allgemeinen Schulen könnte die personelle und materielle Ausstattung dort so weit gestärkt werden, dass eine aussondernde und damit negativ diskriminierende Sonderbeschulung überflüssig wird“ (Roebke 2000, S. 245). An den Bundestreffen nahmen immer auch Wissenschaftler*innen teil, die die Belange der Eltern unterstützten.

Der MLL hat von den Impulsen bei den Bundestreffen profitiert; die den Verein über 20 Jahre prägende Geschäftsführerin Ilse Blug (gest. 2019) hielt die Bundesebene wegen des Austauschs zu ganz konkreten Fragen immer für ganz wesentlich.

2.4 Öffentlichkeitsarbeit und Politikberatung

MLL und Wissenschaft arbeiteten nicht nur in den Kommissionen IBS und IBKE, sondern auch in Fällen, wo Beratung und Unterstützung durch (sonder-)pädagogische Expertise oder bildungspolitische Klugheit gefragt war, zusammen – von den 1980er Jahren an ging es immer um einzelne Kinder und ihre Integration in Kindergarten und Grundschule und zunehmend auch um die Frage, welche Strukturen in Institutionen von Erziehung und Bildung gebraucht werden und wie ihre Finanzierung zu sichern ist. Deshalb organisierte MLL immer wieder allein oder mit Partnerorganisationen gemeinsam große Fachtagungen, um bestimmte Probleme und deren Abhilfe mit Hilfe wissenschaftlicher und überregionaler Expertise zu benennen. Weil Schulpolitik Ländersache ist, konnten im Schulbereich Schwierigkeiten leichter angegangen werden als in den Bereichen, in denen die Leistungen im Bundessozialhilfegesetz geregelt sind. Eine große Rolle spielte unabhängig davon die persönliche Überzeugung der jeweiligen Minister*in, die die Interessen der Eltern in Politik umzusetzen versuchte oder eben nicht. Die Kultusministerin, die Diether Breitenbach im Saarland folgte, Marianne Granz, sah es als ihre Aufgabe an, „Sonderschulen wieder zu ihrem Recht zu verhelfen“ – sie stand damit auch im Konflikt zur Landtagsfraktion ihrer Partei.

Der Verein MLL richtete sich einerseits an die Öffentlichkeit und informierte andererseits Eltern über die Möglichkeiten der Integration. Er beriet Eltern, z. B. bei Übergängen. Und er unterstützte einzelne Eltern bei der Durchsetzung: „Unser Ziel ist die Förderung des gemeinsamen Lebens und Lernens von behinderten und nicht-behinderten Kindern. Wir sind Ansprechpartner in allen Fragen rechtlicher, persönlicher, vorschulischer und schulischer Art“ (Info vom März 1989). Es entstanden regionale Elterngesprächskreise. Nicht zuletzt dienten die alljährlich stattfindenden,

von einem breiten Bündnis getragenen, Saarländischen Integrationsfeste der Kommunikation und der Werbung nach innen und nach außen. Sehr schnell wurde der Verein als kompetenter Partner und Streiter für die Grundlagen und die Realisierung von Integration wahrgenommen, in der Öffentlichkeit, der Presse und seitens der Politik. Z. B. wirkte er 1986 mit großem Erfolg, wie die Vorsitzende Margot Mönch schrieb, in der Expertengruppe bei der Anhörung des neuen Schulordnungsgesetzes mit, das, bundesweit erstmalig, beschloss: „Der Unterrichts- und Erziehungsauftrag der Schulen der Regelform umfasst grundsätzlich auch die behinderten Schüler“. Der Verein trug politisch dazu bei, dass die Stelle eines Landesbehindertenbeauftragten geschaffen wurde, mischte sich in Debatten ein, z. B. zu Reden von Peter Singer. Er ging ins Gespräch mit Verbänden, die sich kritisch gegenüber Integration äußerten, und suchte Kontakt zu Gruppierungen, die Integration stützten, z. B. die AG Integration in der GEW oder die Arbeitskammer. Als z. B. im Bildungsministerium spezielle Zeugnisformulare für Integrations Schüler*innen, angeblich im Interesse der Zeugniswahrheit, ausgeheckt wurden, die sie in der Integration ausgegrenzt hätten, gab es gemeinsame Proteste von Eltern und GEW und auch eine Klage dagegen.

3 MLL professionalisiert die Selbsthilfe

3.1 Der Selbsthilfeverein schafft inklusive Strukturen

Die Entwicklung neuer Projekte stand für MLL immer unter der bedingungslosen Prämisse, den bestehenden, aussonderten Dienstleistungen der Behindertenhilfe neue integrative/inklusive Angebote entgegenzusetzen, die alle Menschen mit Behinderung ohne Ausnahme! mit einbezogen. Meist geschah das jenseits der sozialgesetzlichen Vorgaben und festgefahrenen Finanzierungshürden. Unter dem Motto

„Wege entstehen dadurch, dass man sie geht“, wurden alternative Finanzierungsformen verhandelt und in Einzelprojekten die „Machbarkeit“ unter Beweis gestellt.

a) Der Integrative Hilfsdienst (IHD)

1986 stellte der Verein eine ABM-Kraft ein, die den Integrativen Hilfsdienst (IHD) in Übertragung des Modells „Autonom Leben“ von VIF München (Verein Integrationsförderung e.V. München) aufbauen sollte, im Saarland speziell ausgerichtet auf die Entlastung von Eltern mit Vorschul- und Schulkindern. Zuerst wurden Laienhelfer*innen gesucht, später wurde MLL als Arbeitsstelle für Zivildienstleistende anerkannt. Die Hilfe wurde aber zunächst von den Eltern gar nicht im vermuteten Ausmaß angenommen. „Abgelehnt wird die Annahme von Hilfe, wenn

- eine innere Abwertung erfolgt (Ich bin so schwach, dass ich Hilfe brauche)
- eine innere Hochwertung erfolgt (Ich bin so stark, ich brauche niemand)
- eigene Wünsche nach Lebensgestaltung, die nicht mit dem Kind und der Behinderung zu tun haben, nicht mehr wahrgenommen werden“, so vermutet die damalige Kollegin Weynarowski.

Es entstand die erste Schulbegleitung im Saarland – damals durch Zivildienstleistende, zunächst finanziert durch Mittel des Vereines – um die Integration eines mehrfachbehinderten Jungen in einer Ganztagsgrundschule zu ermöglichen.

Das Modell der Arbeitsstelle für Integrationspädagogik (Afl) im frühkindlichen Bildungsbereich (angelehnt an das Konzept des Stützpädagogenpools in Bremen) wurde 1987 als erste wohnortnahe Integrationsunterstützung in Kindertagesstätten im Saarland von MLL eingerichtet. Heute ist es ein regelfinanziertes, flächendeckendes inklusives Angebot in der frühkindlichen Bildung im Saarland.

MLL leistet bis heute Assistenz in den verschiedenen Lebensbereichen, mit seinen Fachkräften der Arbeitsstellen für Integ-

rationspädagogik – und, mit meist ungelernen aber von MLL geschulten Kräften, als Schulassistenz in Schulen (Abteilung Schulassistenten).

In den 1990er Jahren wuchs MLL stetig: Beim 20-jährigen Jubiläum 2004 gab es bei MLL 34 hauptamtliche Mitarbeiter*innen, 27 Zivis, 11 FSJ-ler*innen, 3 geringfügige Beschäftigte und 30 Honorarkräfte. Weitere zehn Jahre später reichten die Organisationsstrukturen eines Vereins nicht mehr aus, um die Risiken einer Firma dieser Größenordnung abzudecken: Eine gGmbH wurde gegründet. Diese übernimmt jetzt die Dienstleistungen, während der Verein sich nun wieder auf die Bedürfnisse und Wünsche von Eltern behinderter Kinder, auf Menschen mit Behinderungen allen Alters und auf Phantasie und Politik für Inklusion konzentrieren kann.

b) Der Bedarf von Eltern und Kindern ändert sich entlang des Alters

Von Anfang an hat der Verein Familienfreizeiten und Zoobesuche angeboten, später ist MLL die einzige Organisation im Saarland, die inklusive Freizeitangebote, Wochenend- und Ferienfreizeiten anbietet, personalisiert mit Zivis und anderen jugendlichen Helfer*innen, die darauf vorbereitet wurden. Für viele Eltern sind die angebotenen integrativen Freizeiten, nach vielen Jahren, erste Tage als Paar ohne die behinderten Kinder. Heute bietet die Abteilung „Freizeit Inklusive“ vom Tanzkurs in einer Tanzschule über Kochkurse, Sportangebote und kleine Städtereisen bis zu zweiwöchigen Ferienfreizeiten für alle Altersgruppen und Interessen ein umfangreiches Programm an (s. https://www.mll-saar.de/wp-content/uploads/2023/01/Jahresprogramm-2023_web.pdf).

Im Jahr 2007 ziehen Studierende oder andere jüngere Menschen mit Menschen mit Behinderungen zusammen in eine inklusive Wohngemeinschaft, mit personeller Unterstützung durch Fachkräfte. Die Eltern der jungen Menschen mit Behinderungen werden in der Ablösungsphase begleitet.

Schnell wird weiterer Bedarf angemeldet, es entsteht die zweite inklusive Wohngemeinschaft. Mittlerweile sind die damals jungen Erwachsenen sehr viel älter als die Mitbewohner*innen im Student*innenalter, so dass der Verein nach neuen Wegen des Wohnens sucht.

Eine bislang nicht abschließend geklärte Frage ist der Arbeitsbereich, dazu gab es verschiedene Projekte. MLL ist noch nicht als „anderer Leistungsanbieter“ (nach § 60 SGB IX) anerkannt, obwohl die „Berufsvorbereitung Inklusive (BVI)“, die ganz individuell Arbeitserprobungen begleitet, junge Menschen erfolgreich auf den Allgemeinen Arbeitsmarkt vermittelt.

4 Klippen

4.1 Verein und Dienstleistung

Es ist bewundernswert, wie sich die Eltern von Kindern mit Behinderungen als Gruppe der Zivilgesellschaft selbst ertüchtigt und politisches, juristisches und rhetorisches Knowhow erworben haben. Wenn Dienstleistungen implementiert werden, besteht die Gefahr, dass der Selbsthilfekarakter eines Vereins und mit ihm das Engagement von Eltern nachlässt. Bei den Mitgliederversammlungen des Vereins wurde das immer wieder zum Gesprächsthema. Wie können die Mitglieder erreicht werden, die die Angebote wahrnehmen, aber sich ansonsten nicht beteiligen? Es sind wohl Wellenbewegungen, die immer wieder erzeugt werden müssen, um als Verein wach und lebendig zu bleiben.

Es bleibt die Aufgabe der solidarischen Vergewisserung darüber, wie die Behinderung des Kindes wahrgenommen wird und welche Erwartungen an Bildungs- und andere Institutionen gestellt werden im Bewusstsein dessen, dass Kinder mit Behinderungen Rechte auf ein Leben mittendrin haben. Es geht nicht um Einzelne, sondern um Einzelne innerhalb eines gesellschaftlichen Prozesses. Beides muss weiterhin politisch vertreten werden.

Und es bedarf immer wieder der selbstkritischen Frage, ob die Ideen, die Eltern und Professionelle haben, auch die der Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen mit Behinderungen sind und ob sie geeignet sind, das gleichwürdige und selbstbestimmte Leben mittendrin in der Gesellschaft zu ermöglichen.

4.2 Hat die Inklusionsforschung die Eltern und ihre Bemühungen verloren?

Gegen die herrschende Regierungspolitik formierte sich Anfang der 1980er Jahre im Saarland eine pädagogisch und bildungspolitisch motivierte Gegenbewegung, die sich auch auf die Gemeinsamkeit von Behinderten und Nichtbehinderten bezog. Dass sich Wissenschaft auf der einen Seite, speziell der Arbeitsbereich Sonderpädagogik unter der Leitung der Professoren Hans Meister und Alfred Sander, in die bildungspolitische Diskussion und in die direkte Kooperation mit Eltern einbrachten, blieb ein Kennzeichen der saarländischen Integrationsbewegung.

In allen Modellprojekten im ganzen Bundesgebiet und anderswo waren in den Forschungsgruppen Forscher*innen involviert, die sich mit dem Projekt Integration/Inklusion identifizierten. Begleitforschung bestand in der Beobachtung des Geschehens und der Wirkung unterschiedlicher Maßnahmen auf Schüler*innen, Eltern und Lehrkräften. Begleitforschung bedeutete für die meisten Forscher*innen auch, sich für gute Bedingungen des Spielens und Lernens einzusetzen. Und nicht zuletzt war die Wissenschaft eine politische, die sich für Nicht-Aussonderung und das Menschenrecht auf Teilhabe klar positionierte.

Seit geraumer Zeit lässt die Forschung nach meinem Eindruck diesen politischen Blick und die Solidarität mit den Eltern leider mancherorts vermissen. Inklusionsforschungstagungen geraten zu großen Tagungen, auf denen viele kleinteilige Unter-

suchungen vorgestellt werden, die zumeist kritische Effekte inklusiven Unterrichts darstellen; die Ergebnisse werden aber oft nicht auf dem Hintergrund der Politik der Ausgrenzung hinterfragt, sondern auf dem Hintergrund des Anspruchs inklusiver Bildung. Die real existierende Alternative zur Integration ist jedoch nach wie vor die Sonderschule. Zu ihr gibt es allerdings vergleichsweise wenig kritische Untersuchungen (vgl. Koßmann 2019).

Anmerkungen

- 1 Ich danke Traudel Hell für ihre Ergänzungen.
- 2 Mit dem Ausdruck „Schulschwäche“ soll ausgedrückt werden, dass die Schwäche auf beiden Seiten liegt: Das Kind zeigt im Vergleich zu anderen Schüler*innen schwache Leistungen, aber die Schule reagiert nicht adäquat darauf (vgl. Reinartz, A. & Sander, A. 1982).
- 3 Beim Sammeln für diesen Beitrag habe ich verschiedene Kolleg*innen angesprochen, die mir Unterlagen, Stellungnahmen, „graue“ Papiere, Faltblätter, Protokolle der ersten Jahre zur Verfügung gestellt haben: Alfons Blug, Sigrid Budde, Klaus Christ, Traudel Hell – ihnen allen danke ich herzlichst. Aus diesen Papieren kann ich zitieren, gleichwohl kenne ich nicht in allen Fällen die eigentlichen Urhebenden. S. auch Becker, V., Fellingner, E., Hell, T. u. a. 1988.
- 4 Der Vereinsname ist heute MLL, so lautet auch der Name der 2014 gegründeten gGmbH. Deshalb werde ich den Namen in Großbuchstaben schreiben.

Literatur

- Aly, Götz: Die Belasteten. Euthanasie 1939-1945. Eine Gesellschaftsgeschichte. Frankfurt 2014. Insbesondere S. 293 ff.
- Becker, Volker/Fellinger, Eva/Hell-Schmidt, Traudel/Limam, Annette/Loxat, Herrmann/Meister, Hans/Reiche, Ruth/Schnitzler, Petra/Theis, Christiane/Trittelwitz, Annette: Zweiter Zwischen-

bericht des Projektes ‚Dezentrale Einführung und Unterstützung der gemeinsamen Förderung und Erziehung behinderter und nichtbehinderter Kinder im Elementarbereich‘ Nr.45. Universität des Saarlandes. Saarbrücken 1988.

- Breitenbach, Diether 1998: Gefährten auf dem Weg zur gemeinsamen Schule. In: Hildeschiedt, Anne & Schnell, Irmtraud (Hrsg.): Integrationspädagogik. Auf dem Weg zu einer Schule für alle. Weinheim und München: Juventa, S. 11-18
- Christ, Klaus: Wege und Brücken zu Normalität und Integration. Der Beitrag von Ludwig Otto Roser zur Integrationsentwicklung im Saarland. In: Jutta Schöler (Hrsg.): Normalität für Kinder mit Behinderungen. Texte und Wirkungen von Ludwig Otto Roser. Neuwied 1998, S. 104-108.
- Christ, Klaus: FRANCESCO. Ein Beispiel für die Zusammenarbeit von U.S.L., Eltern und Lehrern bei der Eingliederung eines behinderten Kindes in die Schule. Behindertenpädagogik 22 (1983) 4, S. 335–342.
- Klee, Ernst: Deutsche Medizin im Dritten Reich. Köln, Frankfurt, Berlin 2001.
- Koßmann, Tabea: Schule und „Lernbehinderung“. Wechselseitige Erschließungen. Bad Heilbrunn 2019.
- Reinartz, Anton & Sander Alfred (Hrsg.): Schulschwache Kinder in der Grundschule. Pädagogische Maßnahmen zur Vorbeugung und Verminderung von Schulschwäche in der Primarschule. Weinheim & Basel 1982.
- Roebke, Christa: Der schwere, aber erfolgreiche Weg der Nichtaussonderung. In: Roebke, Christa/Hüwe, Birgit & Rosenberger, Manfred: Leben ohne Aussonderung. Eltern kämpfen für Kinder mit Beeinträchtigungen. Neuwied 2000, S. 44–264.
- Schnell, Irmtraud: Geschichte schulischer Integration. Gemeinsames Lernen von SchülerInnen mit und ohne Behinderung in der BRD seit 1970. Weinheim und München 2003.
- Autorinnenangaben
Dr. Irmtraud Schnell
Ehem. Goethe-Universität Frankfurt
und Martin-Luther-Universität Halle
Seit vielen Jahren in Gremien des MLL aktiv